Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5161

27. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michaele Hustedt, Ursula Schönberger, Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/1321 –

Nachhaltige und umweltfreundliche Energiepolitik in Osteuropa

A. Problem

Einstellung von westlichen Finanzhilfen für den Umbau von Kernkraftwerken in Osteuropa; Errichtung eines „Atomausstiegsfonds Osteuropa".

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/1321 – abzulehnen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Volker Jung (Düsseldorf)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf)

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1321 – wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 12. Juni 1996 beraten. Er hat mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Finanzausschuß hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 19. Juni 1996 beraten. Er hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD, gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 35. Sitzung am 26. Juni 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, abgelehnt.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 31. Sitzung am 8. Mai 1996 beraten. Er empfiehlt gegen die antragstellende Fraktion, bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

III.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen „Atomausstiegsfonds Osteuropa" einzurichten. Die Mittel sollen zweckgebunden für umweltfreundlichere Energieträger und zur Förderung von Energiespar- und -effizienzmaßnahmen verwendet werden. Die Bundesregierung soll sich darüber hinaus dafür einsetzen, daß andere Staaten und die Europäische Union gleichartige Fonds errichten.

Weiter wird gefordert, daß sich die Bundesregierung im Rahmen der internationalen Finanzhilfe für Osteuropa dafür einsetzt, auf die Finanzierung und den Umbau von Atomanlagen zu verzichten und statt dessen ausschließlich Maßnahmen für die ökologische Umgestaltung des Energiesektors in Osteuropa zu unterstützen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 26. Juni 1996 beraten.

Er beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. und gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Bonn, den 26. Juni 1996

Volker Jung (Düsseldorf)

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333